

Herzog fordert Mut bei Föderalismusreform

Ehemalige Spitzenpolitiker verlangen mehr Steuerwettbewerb und weniger Angleichung

BERLIN. Mehrere namhafte ehemalige Politiker haben vor kleinen Schritten bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen gewarnt. Bund und Länder sollten den Finanzausgleich in der heutigen Form abschaffen und Steuerwettbewerb zulassen.

Von Roland Pichler

Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog warnte davor, sich in den Verhandlungen über die Neuordnung der Finanzbeziehungen mit kleinen Lösungen zufriedenzugeben. Herzog sieht in den laufenden Gesprächen zwischen Bund und Ländern die Gefahr, dass sich die Politik wegen der Interessengengensätze nur auf strengere Schuldenregeln verständigelt. Das wäre zu wenig, sagte Herzog. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) und des SPD-Prakti-

onsvorsitzenden Peter Struck verhandeln Bund und Länder über die zweite Föderalismusreform.

Der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) sagte, der Stellenwert der staatlichen Ordnung werde in der Öffentlichkeit unterschätzt. Die Politik müsse die Kraft finden, den Gebietskörperschaften mehr Eigenverantwortung zu geben. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hält klare Strukturen in den Finanzbeziehungen für die wichtigste Reform überhaupt. Er warnte davor, dass die Politik wegen der bevorstehenden Wahlkämpfe nur noch wenige Monate Zeit habe. Die Expolitiker traten in Berlin für die Reforminitiative Konvent für Deutschland auf, die von der Wirtschaft unterstützt wird.

Mit 13 Vorschlägen will der Konvent die Debatte beleben. Die Vertreter argumentieren, dass ohne grundlegende Änderungen in den Finanzbeziehungen die erste, vor einem

Jahr in Kraft getretene Föderalismusreform zum Scheitern verurteilt sei. Oberstes Ziel der Neuordnung müsse es sein, die Eigenverantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden zu stärken. Die Mitglieder des Konvents sprechen sich dafür aus, den Länderfinanzausgleich in der heutigen Form abzuschaffen. Es sei nicht die Aufgabe der Länder, ihre unterschiedliche Finanzkraft auszugleichen. In einer Übergangsphase soll dafür der Bund zuständig sein. Der Konvent plädiert gleichzeitig dafür, das Maß der staatlichen Angleichung zu überdenken. Die Finanzausstattung der Länder solle so verändert werden, dass größere Abweichungen erlaubt sind.

Der Konvent fordert außerdem einen stärkeren Steuerwettbewerb der Länder untereinander. Steuern, die den Ländern zufließen, sollten auch von ihnen festgesetzt werden. Bei Gemeinschaftssteuern wie der Einkommen- und Körperschaftsteuer sollten die Länder Zu- oder Abschläge erheben können.